

Offener Brief der Jusos im Kreis Osterholz

An die

SPD Parteispitze

Unsere Generation will konsequenten Klimaschutz – Ein Alternativvorschlag zum Klimaschutzplan der Bundesregierung

Lieber Lars und liebe Malu,

in diesem offenen Brief wollen wir Jusos Osterholz und viele Unterstützer*innen aus NGOs, Schulen und Universitäten eine Empfehlung für das weitere Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland innerhalb der Großen Koalition mit der CDU/CSU in der Klimaschutzpolitik geben. Im Anhang des Briefes erhaltet ihr eine Auflistung unseres Alternativvorschlags zum Klimaschutzplan der Bundesregierung. Wir appellieren, diese Forderungen an das Klimakabinett weiterzutragen und euch dafür einzusetzen.

Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung und lobenswert, dass das Thema Klimaschutz jetzt in allen Politikfeldern ein hohe Priorität zugeschrieben wird und wir erwarten, dass das auch so bleibt! Große Hoffnungen hatten wir am 20. September, als pünktlich zum Internationalen Klimastreik das Klimakabinett sein Programm vorstellte. 1,4 Millionen Demonstrant*innen auf den Straßen Deutschlands, allein 1300 Demonstrant*innen davon im Landkreis Osterholz und mehrere Millionen Unterstützer*innen in der Bevölkerung waren zu Recht enttäuscht, als ihr uns dieses Klimapäckchen präsentiert habt. Es sind zwar viele kleine und gute Maßnahmen aufgelistet, diese sind jedoch längst nicht ausreichend oder haben den falschen Ansatz, was wir Jusos als Klimaschutzpolitik zum Einhalten des Pariser Abkommens verstehen. Das finden wir verantwortungslos!

Wir Jusos als Jugendorganisation der SPD haben wenig Lust, die mangelhafte Arbeit unserer Mutterpartei in der Regierung zu rechtfertigen. Wir werden uns auch nicht rechtfertigen, wenn wir selber die Meinung teilen, dass noch mehr für Klimaschutz getan werden muss. Progressive ambitionierte Ziele sind nötig, damit ihr unsere Generation nicht vor noch größeren Problemen stehen lässt, als wir sie schon heute haben.

Wir kennen in unserem persönlichen Umfeld viele Menschen, die unsere Partei total gut finden. Der Erbitterte Kampf der SPD gegen rechts, ihre Grundwerten und den damaligen Visionen, welche ehemalige Schwergewichte unserer Partei verkörpert haben, sind Gründe dafür. Wir verzeichnen auch einige Neueintritte bei uns Jusos, beobachten aber, dass immer mehr unserer Neumitglieder nur die Juso-Mitgliedschaft bevorzugen und die SPD Mitgliedschaft ablehnen. Die aktuellen tagespolitischen Handlungen, dass Gerangel um den kleinsten Kompromiss mit den konservativen Parteien, aber auch das teils chaotisch unprofessionelle öffentliche Auftreten, wie bspw. letzte Woche bei der Debatte um Korrekturen im Klimapaket, sind Punkte, welche junge Menschen davon abhalten die SPD zu wählen. Und das ist giftig für unsere Demokratie. Denn diese braucht starke Sozialdemokrat*innen. Die SPD muss erkennen, dass die Bevölkerung nicht mehr hinter der Großen Koalition steht und diese unsere Partei zermürbt. Die Ideen und unser Programm lässt sich unserer

Jusos Kreisverein Osterholz | Bahnhofstraße 60 |
27711 Osterholz-Scharmbeck | info@jusos-ohz.de |

Meinung nach, mit anderen Partner*innen besser durchsetzen und lasst uns deshalb für diese Mehrheit kämpfen.

Wir appellieren deshalb auch an unsere 435.000 Mitglieder bei der Wahl der Parteivorsitzenden Kandidierende zu unterstützen, die für mehr Klimaschutz und einen kritischeren Umgang mit der Großen Koalition stehen.

Geht verantwortungsvoll mit unserer Zukunft um, wie sagte es Kevin Kühnert so schön: „Wir können kein Interesse daran haben, hier den Laden abzufackeln.“ Deshalb würden wir uns am meisten über schnelle Handlungen und einer klaren Haltung freuen. Unsere konkreten Forderungen folgen auf den nächsten Seiten. Ihr seid herzlich eingeladen mit uns zu diskutieren. Wir wollen uns doch alle auf den Morgen freuen!

Mit solidarischen Grüßen

Frederik Burdorf

Kommissarischer Vorsitzender
Jusos im Kreis Osterholz

Anlage

Unterstützer*innenliste
Verbesserungsvorschläge für den Klimaschutzplan 2030

Unterstützer*innneliste

Jusos Kreisverein Osterholz

Frederik Burdorf

Jonas Wegner

Jan Felix Hölling

Sören Ehrichs

Tom Melzow

Youri Steeneck

Lukas Erdmann

Kenneth Meyer

Malte Wintjen

Kristin Lindemann

Philina Stern

Unabhängige:

Charlotte Brunzema

Sven Evering

Niklas Peper

Marvin Breier

Jerik Dikkerboom

Jusos Kreisverein Osterholz | Bahnhofstraße 60 |
27711 Osterholz-Scharmbeck | info@jusos-ohz.de |

Unsere Verbesserungsvorschläge für den Klimaschutzplan 2030

Einführung CO₂-Bepreisung durch einer sozialgerechten CO₂ Steuer

Eine "CO₂-Steuer" auf alle Treibhausgase ist die schnellste Möglichkeit Treibhausgasemissionen wirksam zu bepreisen und senken. Ein CO₂-Preis muss die übergeordnete, lenkende Maßnahme über allen anderen Instrumenten zu Reduzierung der Emissionen sein. Diese "CO₂-Steuer", zusätzlich zu EU-weiten ETS muss schnellstmöglich eingeführt werden, möglichst bis Ende 2019. Diese Steuer muss sozial gerecht sein und darf nicht zu Lasten der Bevölkerung mit kleinem oder mittlerem Einkommen fallen (siehe "Entlastung der Bürger*innen und Wirtschaft"). Das Ausstoßen von Treibhausgasen muss einen festen und vorhersehbaren Preis haben. Erst dann wird sich das Konsumverhalten ändern. Starten sollte die Bepreisung mit 50 € die Tonne emittierten CO₂ und später in einem Preiskorridor stetig steigen, bis 2030 zum Endstand bei mindestens 72 € und höchstens bei 180 €. Diese Zahlen sind Empfehlungen der Wissenschaft, Ökologen und Ökonomen. Diese Preise sollen in allen Sektoren gelten: Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Energiewirtschaft und Abfallwirtschaft.

Ziel einer CO₂-Bepreisung soll sein, dass klimafreundliche Produkte wettbewerbsfähiger werden, da diese finanziell günstiger sind und so ein klimafreundliches Verhalten einfacher für den Konsumenten wird. Klimaschädliches Verhalten wird somit teurer! Zudem bekommt der/die Verbraucher*in einen Überblick über die Emissionsmenge eines Produktes. Da geringverdienende Haushalte durchschnittlich weniger Emissionen erzeugen, würde dies schon automatisch in den meisten Fällen für eine umverteilende Wirkung sorgen.

Außerdem soll das durch die Steuer eingenommene Geld in gleichen Teilen an alle Bürger*innen in Form eine Klimadividende zurückgegeben werden, anstatt in den Staatshaushalt zu fließen. Alternativ ist auch ein nationaler Emissionshandel, gekoppelt an das ETS, möglich, auf alle Sektoren. Dieser führt aber nicht schnell genug zu einer Senkung der Emissionen und wirkt sich nicht direkt und offensichtlich auf den/die Verbraucher*in aus.

Beide Modelle können alleine und auch kombiniert funktionieren. Das Modell sollte dann möglichst auf EU Ebene oder zusätzlich andere internationale Ebenen ausgeweitet werden und in das EU-weite ETS eingegliedert werden. Eine gemeinsame europäische Lösung hat höchste Priorität. Die Besteuerung dient lediglich als Instrument solange auf europäischer Ebene keine einheitlichen Beschlüsse gefasst wurden.

Soziale Umverteilung und Entlastung der Bürger*innen kleinerer und mittlerer Einkommen

Selbstverständlich beansprucht eine CO₂ Steuer Mehrkosten für Verbraucher*innen, welche ohne sozial gerechte finanzielle Entlastung vor allem Familien und Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen stärker trifft. Eine Senkung der Stromkosten halten wir daher als ersten guten Schritt aber auch nicht zwingende Maßnahme. Stabile Strompreise wären auch eine alternative Übergangslösung statt unkontrollierbare Schwankungen. Es ist wichtig, dass die Einnahmen der CO₂ Steuer für klimafreundlicheres Verhalten, als Plus für die Verbraucher*innen zurückerstattet werden. Hierbei möchten wir ein Modell unterstützen,

welches die Höhe der Rückzahlungen nach Einkommen, Wohn- und Arbeitsort koppelt. Dadurch sollen zum einen die Landbevölkerung und zum anderen Geringverdienende nicht zusätzlich belastet werden. Eine direkte Anhebung der Pendler*innenpauschale lehnen wir konsequent ab. Eine Alternative dazu wäre zum Beispiel die Förderung von Fahrgemeinschaften durch die Schaffung von Portalen und Dienstleistungen für Fahrgemeinschaften und finanzielle und bauliche Anreize (Teurere Parkgebühren, weniger Firmenparkplätze). Außerdem fordern wir massive Investitionen in den Ausbau des ÖPNVs bevorzugt im ländlichen Raum. Hierbei richten wir uns besonders an Finanzminister Olaf Scholz, dass er von der Politik der schwarzen Null absehen soll und stattdessen den Weg für Investitionen freimacht. Steigende Mieten durch umweltverträglichere Gebäudesanierungen, Geräteumrüstungen oder höheren Heizkosten treffen zumeist die Ärmsten der Armen. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung ein Förderprogramm für die anfallenden energetischen Umrüstungsmaßnahmen und dieses für kommunale Träger*innen aber auch Privateigentümer*innen zugänglich zu machen. Auch sollen Kommunen und Energieversorger auf die Einsparmöglichkeiten der Fördergelder des europäischen CO² Minderungsprogramm hingewiesen werden. Wir fordern für Vermieter*innen und Mieter*innen Abwrackprämien für alte ineffiziente Haushaltsgeräte. Außerdem soll das Bundesministerium für Umwelt und Energie eine Behörde nach britischem Leitbild einrichten, welches den Grad der Energiearmut misst und angepasste finanzielle Fördermaßnahmen der betroffenen Personen bereitstellt. Die Erhöhung des Wohngeldes für SGB II Beziehende um 10% soll außerdem erfolgen.

Verkehr

Generell fordern wir auf dem Weg zu einem CO₂-neutralen Verkehr die Abkehr von der Präferenz des Individualverkehrs. Dazu bedarf es des massiven Ausbaus des ÖPNVs und der Fahrradinfrastruktur. Letztendlich sollten autofreie Großstädte das Ziel sein. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren und innerdeutschen Flügen 2030, würden die Verkehrswende deutlich voranbringen. Zudem muss der Gütertransport wieder deutlich mehr auf die Gleise verlagert werden und die Forschung und Entwicklung von emissionsfreien Autos vorangetrieben werden. Für den ländlichen Raum muss der Ausbau des öffentliche Nahverkehr besonders im Fokus stehen, das Carsharing attraktiv gemacht werden und dafür gesorgt werden, dass der Einzelhandel unterstützt wird und erhalten bleibt, was weite Fahrten verhindert. Zusammen mit der EU muss das Fahren mit dem Zug durch mehrere Länder vereinfacht werden durch einheitliche Ticketpreise, den Ausbau von Strecken über Ländergrenzen hinweg und der Wiedereinführung von Nachtzügen. Die E-Mobilität und Ladeinfrastruktur soll ausgebaut werden. Wasserstoffmobilität im ÖPNV und das Tankstellensystem muss in den Fokus der deutschen Mobilität rücken. Wir fordern bis 2040 den ÖPNV flächendeckend durch Wasserstoff- oder E-mobilität emissionsfrei umzurüsten.

Land- und Forstwirtschaft

Um die Umsetzung aller landwirtschaftlichen Regulierungen und Reformen zu gewährleisten, müssen die Betriebe öfter und gründlicher kontrolliert werden. Dazu sind an den entsprechenden Stellen Arbeitsplätze zu schaffen.

Energetische Nutzung von Wirtschaftsdüngern

Zur Reduktion von Maismonokulturen sollen Biogasanlagen und Lagermöglichkeiten für Gärreste auf-, aus- und umgebaut werden um die Verwendung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft zur Energiegewinnung attraktiver zu gestalten. Hierzu müssen zunächst bürokratische Hürden zum Umbau und Wiederinbetriebnahme abgebaut werden. Wir schlagen deshalb eine einfachere und kostengünstigere Neugenehmigung der Anlage nach dem Umstieg von Mais auf Wirtschaftsdünger vor. Desweiteren soll die Aufbereitung von Gärresten und ihre anschließende Nutzung als Dünger gefördert werden.

Ausbau des Ökolandbaus

Den Landwirten soll der Umstieg von der konventionellen zur biologischen Landwirtschaft durch den Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Unterstützung während der Umstiegszeit erleichtert werden.

Die Reduktion von Mineraldünger und der alternative Einsatz von aufbereiteten Gärresten und Gülle soll fokussiert werden, jedoch muss eine Mengenreglementierung pro Hektar erfolgen.

Emissionsminderungen in der Tierhaltung

Reduktion der Viehbestände durch eine Umgestaltung von der konventionellen Massentierhaltung hin zu Freiland- und Biohaltung mit Hilfe von staatlicher Subventionierung (bzw. Umschichtung der EU-Subventionen).

Humuserhalt und Humusaufbau im Ackerland

Um den Humusgehalt des Bodens auf natürliche Weise zu erhalten und zu verbessern wird die Landwirtschaft in die Pflicht genommen statt Monokulturen eine (sinnvolle) Fruchtfolge vorzunehmen.

Die Anpflanzung von Hecken, Knicks und Alleen wird nicht nur unterstützt sondern aktiv gefördert, sowohl im landwirtschaftlichen Bereich (z.B. an Feldrändern und Feldwegen), im forstwirtschaftlichen Bereich (z.B. Erhöhung des Mischwaldbestands und Begrenzung der wirtschaftlichen Nutzung des selbigen für einen festgelegten Zeitraum) und bei den privaten Haushalten.

Schutz von Moorböden/Reduktion von Torfeinsatz in Kultursubstraten

Eine Wiedervernässung von trockengelegten Mooren und ein sofortiger Stopp von Trockenlegung und der land- und forstwirtschaftlicher Nutzung selbiger.

Erhalt und nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und Holzverwendung

Eine Umstrukturierung von wetter- und schädlingsanfälligen Fichtenmonokulturen zu widerstandsfähigen und umweltverträglichen Mischwäldern, auch zur wirtschaftlichen Nutzung.

Staatlicher Subventionierung in der Land- und Forstwirtschaft nicht nach Größe des Betriebes, sondern in Anlehnung an das Biotopwertverfahren nach einem "Öko-Punkt" Modell aufbauen, unabhängig ob es sich um Konventionelle oder Bio-Landwirtschaft handelt.

Industrie und Wirtschaft

Die Senkung der CO² Emissionen in der Industrie ist für uns unumkehrbar. Deutschland muss weg von seinen umweltschädlichen Altlasten und muss wieder als nachhaltige Ideenfabrik für eine Industrie 4.0 fungieren. Neue klimafreundliche Innovationen und Umrüstungsmaßnahmen für industrielle Betriebe sollen subventioniert werden. Ziel soll es sein, wirtschaftlich durch das langjährige Know-How seiner Forschung zu profitieren. In der Gewinnung von Wasserstoff müssen für das Elektrolyse-Verfahren neue Zentren geschaffen werden, diese sollen vor allem in den durch den Kohleausstieg betroffenen Regionen angesiedelt werden.

Die Produktion von recyclebaren Produkten muss vom Bund aktiv subventioniert werden. Neben der Abschaffung aller klimaschädlichen Subventionen, heißt es auch, dass Verbote für stark klimaschädlichen Produktionsverfahren, Maschinen, Produkte, Fabrikelemente, Transportwege ect. ausgesprochen werden müssen und bei Verstoß dieser geahndet werden. Diese Punkte müssen ebenfalls auf EU Ebene umgesetzt werden und auf der UN als Globale Standards durchgesetzt werden.

Energiewirtschaft

Wir fordern ein sofortiges Ende aller Subventionen für fossile Energieträger

Einen Kohleausstieg bis 2038 halten wir für ein nicht ambitioniertes Ziel. Wir fordern den Kohleausstieg bis 2030. Umbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten im Kohle-Revier sollen zur Verfügung gestellt werden. Um trotz des zügigen Kohleausstiegs eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten, fordern wir Lösung der Problematik über einen europäischen Weg. Hier sollen Stromimporte stetiger Energielieferanten wie Wasserkraft mit Stromexporten Deutschlands von erneuerbaren Energien die Wiege stehen. Wir fordern außerdem eine europäische Lösung für eine gerechte flächendeckend sichere Stromversorgung zu finden. Wir fordern den konsequenten Ausbau von Erneuerbare Energien. Der Deckel für den Ausbau von Windkraft und Fotovoltaik gehört abgeschafft. Auch Sondergenehmigungen für Offshore Windparks sollen den prognostizierten Strombedarf entsprechend angepasst werden. Wir fordern deshalb eine Stromversorgung aus 100% erneuerbaren Energien bis 2040.

Abfallwirtschaft

Lebensmittel dürfen nicht in Massen entsorgt werden, deshalb sollte das Mindesthaltbarkeitsdatum abgeschafft werden und ein Wechsel von MHD auf ein Verzehrdatum stattfinden.

Nach französischem Vorbild ein Gesetz, welches das Wegwerfen von essbaren Lebensmitteln im Groß- und Einzelhandel unter Strafe stellt und verpflichtet diese an Tafeln oder gemeinnützige Organisationen zu spenden.

Drastische Reduzierung von Plastiktüten, -verpackungen und sonstigen Plastik-einwegprodukten durch ein Verbot von Einwegplastik und Erhöhung der Abfallgebühren. Erhöhung von Pfand, Ausweitung auf alle Plastikflaschen, Dosen und Gläser.

Jusos Kreisverein Osterholz | Bahnhofstraße 60 |
27711 Osterholz-Scharmbeck | info@jusos-ohz.de |

Höhere Geldstrafen auf illegale Müllentsorgung und Umweltverschmutzung; z.B. Zigarettenstummel, Verpackungsmüll, Flaschen etc.
Recycling muss stärker gefördert werden, Rohstoffe sind endlich und müssen darum wiederverwendet werden. Z.B. (höhere) Vergütung für Abgabe von gebrauchten Elektrogeräten.

Einführung eines umfassenden "right-to-repair"-Gesetzes:

Hersteller sämtlicher elektrischer Geräte werden verpflichtet, Ersatzteile, benötigtes Werkzeug, Diagnosetools und Baupläne ihrer Produkte für Privatpersonen und unabhängige Reparaturwerkstätten käuflich erwerbbar zu machen.

Ausnahmen bilden abnahmepflichtige Reparaturen wie an Kraftfahrzeugen, Gasheizungen etc..

Bei elektronischen Datenverarbeitungsgeräten wie Laptops, Smartphones oder Smart-TVs wird zudem eine gesetzliche Garantiezeit für Softwareupdates eingeführt. Die Dauer dieser Verpflichtung wird für jede Gerätegruppe separat festgelegt, sollte jedoch mindestens 5 Jahre betragen.

Monitoring

Wir fordern ein Gremium von politisch-unabhängigen Expert*innen der mindestens einmal im Jahr die Arbeit der einzelnen Ministerien im punkto Klimaschutz prüft und bewertet. Diese Kontrollen sollen das Ziel haben das mindestens der Pariser Vertrag eingehalten werden soll. Bei Nichteinhaltung sollen zuständige Verantwortliche Sanktionen erhalten. Die Bundesregierung soll die zuständige Bundesbehörde auffordern einen jährlichen Bericht über die Entwicklung der Gesamtmenge der in Niedersachsen emittierten Treibhausgasemissionen und der Treibhausgasemissionen einzelner Sektoren, einen alle drei Jahre zu erstellenden Energiebericht für die staatliche Gebäude und einen alle drei Jahre zu erstellenden Bericht über die durch die Dienstkraftfahrzeuge des Staates und durch Dienstreisen verursachten CO₂-Emissionen; die Koordinierung der Erstellung des Berichts erfolgt durch das für den Klimaschutz zuständige Ministerium. Einen Fortschrittsbericht und Umsetzungsbericht koordiniert Koordinierung durch das für den Klimaschutz zuständige Ministerium.